

Interdisziplinärer Politischer Salon der Heinrich-Böll-Stiftung „Zeit für Allmende“

Thema des Vierten Salongesprächs:

„Institutionen und Regulierungsformen für Commons“

20. November 2008

Dokumentation der Diskussion. 19.45 – 22.00 Uhr

Bernd Lutterbeck: Aus juristischer Perspektive stellt sich fundamental ein Problem: Gilt das Hobbessche Prinzip weiter oder nicht? (Naturzustand geprägt von Unsicherheit, daher Übertragung von Macht auf den Staat, Macht setzt Recht) Dass das das Problem ist, sagt auch Elinor Ostrom am Anfang ihres Buches „Die Verfassung der Allmende“ (Mohr/Siebeck 1999). Sie versucht es zu lösen, doch unsere deutsche Juristen in ihrer Mehrheit glauben noch an dieses Modell, im Zweifel rufen sie nach dem Staat. Und die Juristen wissen normalerweise gar nicht was sie regeln. Sie wissen nicht, was eine Institution ist, was eine Institution zum Funktionieren bringt. Warum eine Institution funktioniert und die andere nicht. Das ist das Problem. Man muss, die deutschen Juristen ein Stück auf den Weg mitnehmen und es ihnen leichter machen, sich von diesem alten Hobbeschen Modell zu lösen.

Es ist nicht interessant, dass bestimmte Dinge als Commons funktionieren (bzw., das ist sowieso interessant), **viel interessanter ist zu fragen: Warum funktioniert etwas nicht als Commons?**

Ostrom bringt zu Beginn ihres Buches ein gutes Beispiel aus Los Angeles. Landwirtschaftliche Communities in 6-7 *counties*, bei den meisten funktioniert die Bewirtschaftung, bei einem nicht. Die untersuchten *communities* ernähren sich noch heute überwiegend von Landwirtschaft. Es funktioniert so: Im November wird gesät, die Saat geht im Dezember auf, Ernte ist im März. Das Problem: Im Zeitraum zwischen Aussaat und Aufgehen der Saat kommen Vogelschwärme und picken ca 90% der Saat weg. Das Ergebnis ist dramatisch. Es sterben nämlich im Frühjahr, wenn die Ernte ausgeht Menschen, v.a. Kindern. Seit Jahrzehnten, Jahrhunderten ist das so, die Menschen leiden daran, aber es wird nichts verändert. Also ist die Frage: Warum wird das nicht institutionell verhindert? Das ist erforscht worden. Warum kaufen sie sich nicht gemeinsam ein Gewehr, um durch Schüsse die Vögel zu verscheuchen? **Sie haben einfach Normen**, dass man das nicht tut. Und die Norm, das nicht zu tun, ist stärker als der Überlebenswille. Obwohl sie das Problem sehen. Sie weinen jedes Jahr auf's Neue um ihre Kinder.

Das Problem ist Kooperation. Samuel Bowles hat das auch **Community Governance** genannt. **Es kommt darauf an, Regularien oder Institutionen finden, die es Gemeinschaften möglich machen, so zu kooperieren, dass sie ihre gemeinsamen Belange vernünftig hinkriegen.**

Der zweite Punkt: **Wo gibt es in der Geschichte Beispiele dafür, sich ein Regulierungsgeschehen ohne Staat vorzustellen?** Wir können das gar nicht mehr, wir in Deutschland. Wir haben immer einen Staat gehabt. Also geht man zurück in die Renaissance oder noch früher. Es hat immer schon Beispiele gegeben, wo *communities* funktionieren und zwar ohne Staat und auch sehr gut. Besonders gut in Sienna (als Stadtstaat), allerdings schon im 14. Jahrhundert, dann später Venedig. Man braucht ein fundig zu werden empirisch schlüssige Beispiel, um den Juristen etwas klar zu machen. Dafür muss man Beweise antreten, was ziemlich schwer ist.

Ein sehr gut belegtes Beispiel sind die **Glasbläser in Venedig. Bei der Glasherstellung hat es zur gleichen Zeit rechtliche Regularien und sowas wie Commonsregularien gegeben.** Es hat sowohl ein Patentrecht gegeben als auch Normen, die halfen, dass sich Glasbläser untereinander einig werden konnten. Das hat gut funktioniert und Venedig reich gemacht. Der Gedankengang ist der: Ist es nicht so, dass heutige Commonsgesellschaften (z.B. die die Open Source Software herstellen) genauso funktionieren wie die Gilden damals in Venedig?

Kluge Juristen in den USA – Mainstreamjuristen – sagen: Es scheint so zu sein. Wenn das stimmt, hätte man einen Beleg dafür zu sagen: **Wir brauchen gar kein Patentrecht oder Urheberrecht, wenn wir nur die Normen finden, mit denen wir unsere Belange regeln. Das Problem der Kooperation ist Normen und Regeln so zu finden, dass ein optimales Ergebnis rauskommt.**

Politisch ist es nach meinen Erfahrungen so: Wann immer man ein konkretes Beispiel hat, und man sagen

kann „So hat es funktioniert!“ - könnte das überzeugen.

Lisa Paus: Wie funktioniert die Gilde?

Bernd Lutterbeck: Durch **Reputationsnormen**. Gegenseitige Anerkennung und andere Faktoren mehr führten letztlich dazu, dass die Glasbläser ständig bestrebt waren, immer besser zu werden. Das hat bekanntlich Venedig zu einer Großmacht gemacht. **Also ein interner Mechanismus, der durch keine wie auch immer geartete Außenkontrolle angeordnet war.**

L.P. Aber: Ist die Gilde nicht auch ein zentrales Element der Beschränkung? (unverst.)

B.L.: In diesem Beispiel nicht. Es gibt viele Beispiele, wo Gilden anders funktionieren und sich nicht beweisen lässt, dass gemeinschaftliche Regelungen erfolgreich sind. Aber für Venedig kann man sagen: Es gab sowohl Patentrecht als auch Commonsregeln – und diese Art der Regulierung (die Commons) haben Venedig groß gemacht, bis ungefähr 1700, andere Fälle sind problematischer.

Sven Giegold: Ich habe bei Ihren Ausführungen ein ernstes déjà vue aus meiner anarchistischen Phase. **Gilden und Gemeinschaften funktionieren so lange wie relativ ähnliche Konzeptionen des Guten da sind.**

Wenn das nicht mehr der Fall ist, wenn Kollektivgutprobleme zu groß werden und kein großer Prozessnutzen da ist, dann kann ich das ohne Staat nicht erreichen. Ich kann wohl wenn ich Spaß habe, Microsoft eins auszuwischen, weiter gemeinschaftlich Freie Software entwickeln, ich kann aber nicht das Klimaproblem ohne den Staat lösen. Das ist nicht möglich. Diese Differenzierung ist wichtig, weil ich ansonsten Erkenntnisse aus bestimmten Fällen, wo in der Tat Gemeinschaften Kollektivgutprobleme lösen können, unzulässigerweise auf Fälle übertrage, wo das aus sehr guten theoretischen Gründen nicht möglich ist. Das heisst: **Das Prinzip Gilde/ Gemeinschaft trägt für bestimmte Kollektivgutprobleme aber für andere nicht. Das hat sehr viel mit der Frage zu tun: Hab ich einen Nutzen davon das Gut zu erwirtschaften? Ja oder nein? Und sei es auch nur ein Prozessnutzen. Oder ist es zu komplex, ist beispielsweise zu unklar, wer wieviel beitragen muss, in welcher Tätigkeit ein bestimmter Nutzen oder Schaden für ein bestimmtes Gut steckt usw.** Auf jedem Fall finde ich es nicht verallgemeinerbar.

Bernd Lutterbeck: Das wollte ich auch nicht verallgemeinern, es ging nur um funktionierende Beispiele, die wir brauchen, um politisch argumentieren zu können und weiter zu kommen.

Es gibt genug Beispiele wo Gilden schreckliche Auswirkungen hatten, gerade auch in Süddeutschland. Die Frage ist: Was genau hat es denn gebracht? Welche Rolle haben Verwandtschaften u.a. Faktoren gespielt? Deswegen forschen so viele Leute im alten Florenz und Venedig, um das herauszufinden.

Meine Erfahrung mit Juristen ist: Wenn es uns gelingt, mal etwas auszubrechen, dann erschwere ich die Beweislast der anderen Seite. Mehr will ich zunächst gar nicht. Die Beispiele und Probleme, die sie benennen, sind ganz schwierig. Aber wenn ich so anfangen, kriege ich keine Lösung mehr für konkrete Probleme. Wenn wir ein paar Beispiele herauslösen, dann kriegen wir zumindest an diesen Punkten die eigenen Positionen ein Stück voran.

Petra Buhr: Meine Frage ist, wie im Venedigbeispiel Commons zu verstehen ist? Ich glaube nicht, dass das ein Commons ist, so wie ich Commons verstehe. Es ging offenbar um eine Gruppe von Menschen, die sehr viel Geld mit dem verdient haben, was sie gemeinsam gemacht haben. Und dieses „mehr Geld verdienen können“, scheint auch ein einigendes Element gewesen zu sein.

Da fallen mir Konzerne ein, die sich zusammenschließen, um Patente zu poolen und auszutauschen. Darin sind sie auch sehr erfolgreich. Sie schaffen es erfolgreich, sich gegen andere abzusperren und in die eigene Tasche zu wirtschaften. Machen aber nichts mit Commons so wie wir sie hier verstehen.

Jörg Haas: Ich spüre gerade noch dem Begriff der Reputation nach und zwar im Zusammenhang mit dem Klimaproblem. Wenn man sich fragt, was das Handeln von Konzernen und corporations bestimmt, bekommt der Begriff eine enorme Bedeutung. **Reputationsrisiken gehören zu den großen unternehmerischen**

Risiken.

Visionär gedacht: **Können wir uns eine Gesellschaft vorstellen, wo CO2 Ausstoß zu einem so massiven Reputationsrisiko wird, können wir uns vorstellen, dass das sowas von 'igitt' ist, ... dass wir uns eigentlich den ganzen Zirkus an Verhandlungen, Regulationsversuchen, CO2 Handel u.s.w sparen können?**

Ich glaube, wir brauchen das (den Zirkus) in der Zwischenzeit, weil die Gesellschaft diese Normen noch nicht hat und das Reputationsrisiko noch nicht da ist. Und auch, weil die Gewinne, die sich durch Übernutzung des Gemeinschaftsguts Atmosphäre ergeben, immer noch enorm sind. Aber als **Zielperspektive** fände ich aber die Idee des Reputationsrisikos sehr reizvoll.

Rainer Kuhlen: Zu Bernd Lutterbeck: Um den **Institutionalisierungsbegriff nochmal zu klären**. Meine Intention war zu zeigen, dass es unterschiedliche Institutionalisierungsformen gibt, die von den verschiedenen Regulierungsinstanzen abhängig sind.

Du hast stark auf **normative Institutionalisierungen** abgehoben. Das ist ganz richtig, das hat viel mit dem Oikos oder Ethos Begriff zu tun. Aber das sind keine isolierten Angelegenheiten. Deswegen war das antianarchistische Argument auch teilweise richtig, dass z.B. große Probleme nur mit dem Staat zu lösen sind. Aber auch das müssen wir schnell wieder relativieren und differenzieren. Denn der Staat ist ja nicht vom Himmel gefallen – als eine Art Entität mit höherer Rationalität, die die Probleme löst. Sondern **auch staatliches Verhalten ist in hohem Maße davon abhängig, welches normative Verhalten sich in den Öffentlichkeiten entwickelt**. Also ist es eigentlich kein Widerspruch. Das normative Verhalten wird in großen modernen Gesellschaften sicher nicht den alltäglichen regulierenden Umgang mit Commons bewirken, aber es beeinflusst in hohem Maße die anderen Institutionalisierungsformen. Siehst Du das ähnlich? Sonst können wir uns ja das ganze Reden mit den Politikern sparen. Übrigens, es geht nicht um die Juristen, sondern um die Schnittmenge von Juristen und Politikern.

Ob die Beispiele uns helfen, weiß ich nicht. Ich nenne nur den Rechtspolitischen Sprecher der CDU, der nach der letzten Urheberrechtsänderung sagte: „Es ist Gott sei Dank gelungen, der Freibiermentalität der Wissenschaft Einhalt zu gebieten.“ Die Beispiele sind schwierig, es gibt immer Gegenbeispiele.

Ich würde sagen, **das Zusammenspiel aller verschiedenen Institutionalisierungsformen macht es aus**.

Natürlich würde ich auch am liebsten sagen: Vergessen wir das ganze Copyright usw..., aber darauf zu setzen, dass wir durch Einigung auf Normen das Problem lösen, das war wohl nur in Venedig, in Gilden usw. möglich, sicher nicht in modernen Gesellschaften.

Julio Lambing: Der Beitrag von Jörg Haas zum Reputationsrisiko hat mich auf etwas aufmerksam gemacht: Was mir auffällt ist, wie schnell von Institutionen in Diskussionen sofort auf die Begriffe Normen und Regularien geschlossen wird. Das ist natürlich auch erklärbar durch unsere christliche Kultur und die christlichen Vorstellungen von Ethik (10 Gebote).

Fakt ist aber, **das meiste menschliche Leben arrangieren wir nicht über Regeln, sondern über einen Habitus, über Haltungen**. Die ganze Frage nach Reputation ist kaum regulatorisch eingefasst, sondern sie ist durch Haltung eingefasst. Zu dem was es regulatorisch gibt, beobachten wir in Sachen Reputation interessante Entwicklungen. Ehre und Beleidigungen verschwinden z.B. in der westlichen Welt als Straftatbestände. Sie würden sich heute damit vor einem Richter lächerlich machen. Man nimmt es irgendwie hin wenn man beleidigt wird, tritt aber nicht mehr vor den Richter. Ehre verschwindet als juristisches Konzept – nicht total, aber tendenziell.

Wenn nun gesagt wurde, dass evt tatsächlich die Open Source Bewegung dadurch gelähmt wird, dass man sich zu sehr auf Copyrightfragen konzentriert, dann würde ich das so übersetzen: **Wenn man sich zu sehr auf (rechtliche) Normen konzentriert und diese Tendenz zur Verrechtlichung nicht reflektiert, merkt man nicht wo man anfängt, sich wieder zu verrennen**.

Ich persönlich bin der Überzeugung, dass solche **Regimes wie das Kyoto-Protokoll, die ja ausschließlich auf Normen beruhen, gleichzeitig die große Crux sind, warum wir mit dem Klimaschutz in Schwellenländern und Entwicklungsländern nicht voran kommen**. Eben weil ein westliches Modell, Leben zu arrangieren, als Procedere zur weltweiten Regulation des menschlichen Verhaltens genommen wird.

Deshalb ist die Frage, **wie bekommt man Tugenden, Haltungen, Dispositionen in unterschiedlichen Lebensmilieus auf weltweiter Ebene wieder an den Start?** Der Begriff ist ja selbst in der Philosophie aus dem Blick geraten (die letzten 15 Jahre taucht er wieder auf), aber in der Politik redet ohnehin keiner mehr über Tugenden.

Christian Siefkes: Zur Rolle von Institutionen und zur Rolle des Staates als Institution: Eine jede Gesellschaft entwickelt ihre eigenen Institutionen. Bernd Lutterbeck hatte darauf bereits hingewiesen. Im Mittelalter funktionierten Staaten (Stadtstaaten) ganz anders als der moderne Staat. Der moderne Staat ist erst mit den Märkten, mit dem Kapitalismus entstanden und dafür ist er auch notwendig, er ist die Gegenseite des Marktes. Er ist da, um die Märkte zu regulieren.

Also, immer wenn es um Auswirkungen des Marktes geht, ist der Staat notwendig, weil er eben die andere Seite des Marktes ist. Aber da, wo Dinge nicht aus marktbasierendem Handeln hervor gehen, entwickeln sich andere Institutionen – Wikipedia oder andere, wie es auch im Mittelalter andere Institutionen gab. Also wenn man sagt: Der Staat ist die Kehrseite des Marktes, dann kann man auch davon ausgehen, dass da wo sich eine commonsbasierte Gesellschaft oder commonsbezogenen Institutionen entwickeln, der Staat keine so starke Rolle mehr spielen wird, vielleicht sogar ganz verschwindet.

Lisa Paus: Nochmal zurück zur Abgrenzung zwischen den Allmenden. Wolfgang Sachs sagte: Für die natürlichen Ressourcen gelten andere Prinzipien als für die Wissensallmende. Dann bin ich aber beim Referat von Herrn Kuhlen ein bisschen verloren gegangen. Ich dachte, sie beginnen bei diesem Unterschied und erklären dann andere Institutionalierungsformen. Das habe ich aber noch nicht genau verstanden. Für natürliche Ressourcen verstehe ich das – da gibt es das Problem der Knappheit Fische/ Weide usw. - Übernutzung ist zu verhindern. Das ist klar. Und auf der anderen Seite: nicht begrenzte Wissensressourcen. **Wie wirkt sich aber nun genau dieser Gegensatz auf die Institutionalierungsfragen aus?** Welche andere Institutionalierung brauchen wir für Wissenscommons? Könnten sie dieses Verhältnis noch einmal explizit erklären?

Rainer Kuhlen: Der Gegensatz zwischen den verschiedenen Ressourcen ist ja klar. Vielleicht kommen wir in Bezug auf die Institutionalierungsformen über den Begriff der *enclosure* zu mehr Klarheit. Was also bei den natürlichen Ressourcen diese Probleme gebracht hat, war die private Aneignung, mit Verknappung und Vernichtung. Das passiert analog mit einer immateriellen *enclosure*. Da wird umdeklariert: „common property right“ zu „private property right“. Das nennt James Boyle eine *second enclosure*, eine immaterielle enclosure. Das hat zu den negativen Effekten geführt, die ich Marktversagen genannt habe, da das prinzipielle Interesse der allgemeinen Nutzung der commons nicht mehr gewährt werden kann, weil es den Interessen der Privatverwertung geopfert wird. Das war zunächst die Beschreibung dessen, was passiert.

Das Commons Wissen kann also genauso zerstört werden – was man oft nicht so sieht – und zwar nicht durch Übernutzung, sondern durch Unternutzung. Dass also das, was als Commons nutzbar sein soll, nicht mehr nutzbar ist, weil es ja nichts nützt, dass es im Prinzip frei ist, denn Wissen kann nur genutzt werden, wenn es über die Objekte nutzbar wird.

Und dann habe ich versucht, durch bestimmte historische, ökonomische, normative aber auch technologische Bedingungen zu zeigen, dass es **Gegenbewegungen** gibt. Es gibt z.B. neue Formen wie Wissen produziert und verteilt werden kann und wie wieder andere Normen entstehen. Und dafür gibt es auch rechtliche Konstrukte. Z.B. habe ich versucht, das an dem Wissenschaftsfreiheitsprinzip zu zeigen, da wird versucht, den Wissenschaftlern zu ermöglichen, ihr Wissen eben nicht -als Verpflichtung- der Öffentlichkeit zurück zu geben, sondern auch für sich privat und erst recht für kommerzielle Verwertung reklamieren. Natürlich ist das ein anderer Commonsbereich, aber die negativen Konsequenzen sind die gleichen, nur verursacht durch ganz andere Dinge.

Lisa Paus: Sie würden also sagen: Bei den natürlichen Ressourcen gibt es ein Problem durch Nichtregulierung, deswegen brauchen wir entsprechende Commonsregulierungen. Kann man jetzt sagen: Bei Wissensallmenden entsteht das Problem durch falsche Regulierung?

Was wäre denn dann die richtige Regulierung oder wäre in dem Falle gar keine Regulierung die richtige Regulierung?

Rainer Kuhlen: Das ist die Frage, die ich in den Raum stelle. Ob z.B. Regulierungen wie über IPR noch vernünftige Regulierungen sind – oder ob man darauf ganz verzichten kann und es **ganz den freien Austauschmärkten** (nicht den Verwertungsmärkten) überlassen bleiben kann. Das ist eine offene Frage.

Barbara Unmüßig: Aber Sie haben das doch abgestuft, z.B. durch Konditionierung von staatlicher Förderung beispielsweise durch die DFG, dass z.B. das Wissen, **was durch staatliche oder halbstaatliche Förderung entstanden ist wieder an die Öffentlichkeit zurück gegeben werden muss.** Das ist ja auch eine Form der Konditionierung und **Konditionierung ist eine Form von Regulierung.**

Rainer Kuhlen: Ja, es gibt ja viele Beispiele und Möglichkeiten, die auch benannt worden sind, z.B. Verpflichtung des *mandate* oder abgestufte *mandates* (deponieren und später freisetzen) oder Anreize schaffen durch Reputationsgewinn (weil man weiß, dass durch Öffnung die Zitierhäufigkeit steigt) usw. Aber hauptsächlich sind das **normative Regulierungen**, die uns neben neuen ökonomischen Rahmenbedingungen (es braucht eben nicht mehr so viel Kapitalvorlage, um Wissen zugänglich zu machen) **in die Lage versetzen, eine Rückgewinnung von Commons hinzukriegen und zwar in großem Stil**, nicht nur in kleinen Gruppen. Das ist meine These.

Bernd Lutterbeck: Das Missverständnis liegt in der Definition von Institutionen. **Institutionen sind ein Set von Regeln und Normen und Habitus und Verhaltensweisen usw. Regeln sind aber die Rechtsregeln.** Die Diskussion, die ich hier benennen wollte besagt: **In sehr vielen Fällen ist es völlig falsch, eine Sache zu regulieren, weil Normen dafür zuständig sind.** Wenn man das täte, führt es dazu, dass die Normen, die zu vernünftigen Verhaltensweisen führen, kaputt gemacht werden. Jetzt die Frage: Wie verhalten sich beide zusammen?

Ich kenne keine Untersuchung in der eindeutig gesagt wird: „xyz ist so und so.“ In diesem Falle nutze ich immer Beispiele. Ein Beispiel ist gut untersucht und zwar das der Bay Area aus San Francisco. Warum sind die da eigentlich so erfolgreich? Erfolg meint hier ökonomischer Erfolg.

Man hat festgestellt: Der Erfolg liegt v.a. darin begründet, dass IPR „locker“ gehandhabt werden. Da ziehen alle Anwälte mit. Alle sind sich über die Norm einig, dass „das Hochhängen von IPR unsinnig ist“, weil dann alle nur verlieren. **Reguliert wird das Geschehen offensichtlich durch soziale Verhaltensweisen.** „Die sind einfach gut zueinander, reden viel miteinander usw. Im Hintergrund gibt es einen regulatorischen Rahmen, der im 19. Jhd in Kalifornien geschaffen wurde.

Das wäre also die Rechtsregel, die dafür sorgt, dass sich die Leute in SF so offen verhalten können, das ist aber **v.a. normengestützt, das Recht spielt kaum eine Rolle – es droht nur noch im Hintergrund.**

Gibt es noch andere Beispiele, die ähnlich gut funktionieren und gut untersucht sind?

Es scheint also so zu sein, dass Normen, die den Habitus bestimmen, viel entscheidender sind als Rechtsregeln. Mit Letzteren muss man sehr vorsichtig sein. Manchmal funktionieren sie, aber nicht immer. **Verallgemeinerbare Rechtsregeln lassen sich ohnehin nicht finden.**

Ulrich Duchrow: Anknüpfend daran möchte ich ein Grundsatzproblem benennen, welches für die Frage der Vielfalt, die wir noch nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht haben, wichtig sein kann.

Verweis auf Buchpublikation von Franz Hinkelammert: „Das Subjekt und das Gesetz: Die Wiederkehr des verdrängten Subjekts. Darin Kapitel über David Hume, der Grundüberlegungen zu unserer Thematik angestellt hat. Hume hat nachgewiesen, **dass menschliches Leben (Stichwort: *conditio humana*) nicht möglich ist ohne Institutionen.** Ich will das jetzt nicht entfalten. In diesem Kapitel weist Hinkelammert nach, dass Hume in der Tradition von Hobbes und Locke einen Fehlschluss gemacht hat, der lautet: Weil Institution eine Grundbestimmung menschlichen Lebens ist, brauchen wir Privateigentum. Und daher die ganze Logik des Marktes usw. Hume setzt es als einzige Möglichkeit.

In einem anderen Kapitel reflektiert Hinkelammert dann über den umgekehrten Fehlschluss bei Karl Marx, dass irgendwann der Staat wegfallen könnte.

Wenn das so ist, dann stellt sich doch die Frage: **Welches ist die Norm, die jeweils unter bestimmten Umständen diese oder jene Form der Institution nötig macht?** Ist das nicht die **Erhaltung des Lebens?** Und das wäre dann auf die natürlichen und auf die sozialen Ressourcen zu beziehen.

Also unsere Frage ist: Was sind die Grundbedingungen für die Möglichkeit der Erhaltung des Lebens? Und dann kann es ganz verschiedene konkrete Formen geben – auch mal Privateigentum oder Commons oder anderes. Das würde ihrer Überlegung von der Komplementarität dieser verschiedenen Formen entsprechen. Aber auf keinem Fall in diesem **Fehlschluss der einzigen Logik enden**, die – wie wir auch gegenwärtig wieder erleben - zur Zerstörung des Lebens führt.

Sven Giegold: Versuch, auf die Suche nach Kriterien zu gehen, wann welcher Modus funktionieren kann. Ich habe es so verstanden: Sie sagen gar **nicht: Staat oder Regulierung ist zur Erhaltung aller Kollektivgüter verzichtbar. Sie sagen nur; es gibt Fälle, in denen das verzichtbar ist.** Das finde ich sehr klar und richtig. Dafür war Mancur Olson (The Logic of Collective Action) sehr wichtig. Er gibt verschiedene Fälle an, in denen die Lösung von Kollektivgutproblemen durch sozialen Druck, Reputation und so weiter funktioniert.

Ich glaube, dass die **Übersichtlichkeit** einer Gemeinschaft sehr zentral ist. Policy wird nötig bleiben, denn Reputation kann nur jemanden treffen, den ich z.B. im Nahraum erwische, und von dem ich weiß, wie ich ihn in meiner Reputationsliste einzuordnen habe. Es ist z.B. relativ einfach in einer WG zu sagen, wer nicht abgewaschen hat. Es wird schon schwieriger sein zu sagen, wer in einem Dorf wieviel CO2 verbraucht und wenn es noch größer wird, wird es problematisch. Es mag einige große Firmen geben, für die man das nachrechnen kann, die kann man dann anklagen – aber praktikabel ist das nicht. Wenn zur Zerstörung eines kollektiven Guts viele kleine Akteure und Elemente beitragen und ich nicht einen Hauptzerstörer habe, dann funktioniert das nicht. Da hilft dann nur der Staat.

Natürlich glaube auch ich, **dass Normen in der Gesellschaft, die nicht mit Zwang aufgedrückt werden, entscheidend sind. Aber es sind eben unterschiedliche Normen, die Menschen in einem Markt anwenden (als Nachfrager und Anbieter) oder die sie als Bürger anwenden.**

Es gibt z.B. eine ganze Menge Leute, die sagen: Wenn die Politik der Grünen für alle verbindlich ist, dann stimme ich ihr zu, aber solange das nicht so ist, esse ich weiter Fleisch und fliege weiter durch die Welt. Das heißt die Logik des Bürgers und die Logik des Konsumenten – zumindest die Konsequenz des Handelns, - ist nicht dasselbe. Weil ich z.B. weiß, dass die anderen meiner Bürgerlogik nicht folgen.

Es gibt Fälle – gerade im Nahraum – wo das alles nicht nötig ist (z.B. in der WG gibt es keinen Chef), das finde ich auch menschlicher, dagegen für die Lösung großer Weltprobleme finde ich das problematisch.

Wolfgang Sachs: Das Thema Reputation hat ja interessante Reflektionen ausgelöst. Das Schwierige war wohl das Wort Reputationsrisiken. **Risiken ist ja schon utilitaristisch. Du möchtest was vermeiden, während das eigentlich Interessante an der Reputation ist ja, wenn Leute sich wegen der Reputation anstrengen, arbeiten, Beiträge machen.** Das ist doch klassisch für die Wissenschaftsgemeinschaft. Es heißt ja *contributions*. Man macht Beiträge und Ansehen/Reputation ist eigentlich die Währung, in der das beglichen wird. So etwas gehört zur **Gabenökonomie**. Die Wissenschaft im klassischen Sinne ist eine Art Potlach. Du gibst was, holst Dir Ansehen, jemand wird es aufnehmen usw. **Aber für alle Gaben gilt, das sie nur möglich sind in einer Gemeinschaft. Weil Reziprozität das Grundprinzip ist.** Du gibst etwas, jemand nimmt etwas und es muss wieder zurück gegeben werden.

Das funktioniert aber nur, wenn es eine räumliche Nähe gibt – wie Sven sagt – oder es gibt eine große soziale Nähe. Meistens sind es Verwandtschafts-, Freundschafts- oder Dorfbeziehungen. Sobald es darüber hinaus geht, wird die Gabe zur Ware. Dh. Du musst auf auf eine **klare quantitative Äquivalenz** achten.

Gabentausch funktioniert durch zeitverzögerte, zeitversetzte Reziprozität – bis es wieder zurück kommt. Das ist im Grunde der Unterschied zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. **Sobald die Gemeinschaften zu Gesellschaft werden, kommt wieder der Staat ins Spiel.**

Jörg Haas: Ich möchte da ein Fragezeichen setzen. Stichwort Globales Dorf. Wir sind nicht mehr in einer Gesellschaft, die nur aus kleinen lokalen *communities* besteht, sondern **communities sind tatsächlich schon transnational.**

Da war die Wissenschaft Vorreiter, die sich ihre Reputation schon im 18. Jhd. international organisiert hat. Das findet jetzt mehr und mehr statt. Gerade auf Grund solcher Phänomene wie dem Internet. Insofern würde ich schon aufrecht erhalten: Ja, **als Zielperspektive brauchen wir das universelle Weltbürgertum und die universelle Weltgemeinschaft**, die community, die global gedacht ist.

Eines der zentralen Probleme zwischen Utilitarismen und Klimagerechtigkeit ist z.B. dass sich der US Kongress so etwas wie eine faire Lastenteilung zwischen Ohio und Utah vorstellen kann, nicht aber zwischen den USA und China. Ich glaube aber, dass wir das Klimaproblem nur lösen werden, wenn wir konzeptionell tatsächlich das Weltbürgertum etablieren und insofern auch die Weltgemeinschaft.

Silke Helfrich: Eine Beobachtung am Beispiel der Notwendigkeit, die Redezeit hier im Raum zu teilen und zu institutionalisieren (ohne starke Moderation). Was deutlich wird ist, wie wichtig **direkte Signale und direkte Kommunikation** zwischen den Teilnehmern ist. Elinor Ostrom weist auf direkte Kommunikation für gelungenes Commonsmanagement immer wieder hin, aber auch auf Reziprozitätsbeziehungen. Und beruhen nicht Reziprozitätsbeziehungen und Reputation auch auf einem **hohen Maß an Aufmerksamkeit und an Respekt füreinander**.

Christian Siefkes: Zu der Frage, ob reputationsbasierte Kampagnen gegen Marktversagen funktionieren können? Es gibt ja erfolgreiche Beispiele – z.B. gegen Kinderarbeit usw. Firmen sind da sehr wohl verletzlich. Ob das auf das Klima übertragbar ist, steht zu bezweifeln, da man ja erst einmal einen grundsätzlichen Konsens braucht, dass es etwas grundsätzlich Schlechtes ist, Emissionen auszustoßen (so wie Kinderarbeit), und davon sind wir doch weit entfernt.

Bernd Lutterbeck: Zu Silke Helfrich: Ja, wir sitzen hier in diesem Raum und teilen uns die Redezeit, aber über Mikrophone, die **miteinander verdrahtet** sind. Das führt mich zu dem Punkt von Jörg Haas. Diese Form von Kooperation kann global nur funktionieren, wenn wir über Instrumente verfügen, die es uns möglich machen, genau das zu tun – also Menschen an anderen Orten der Welt zu **vertrauen**, ihnen von eigenen Erfahrungen zu erzählen usw. Die das machen, sind **Informatiker** – ich definiere sie als **Kooperationswissenschaftler. Sie machen die Werkzeuge zur Kooperation**. Das ist unser täglich Brot - Kooperation zu stiften, die heute nur noch mit Hilfe von Software möglich ist. Heißt, nota bene, **was wirklich in den Commons sein muss ist die Infrastruktur, mit der wir kommunizieren**. Das heißt das Internet -zumindest wesentliche Bestandteile davon -müssen als Commons organisiert sein, das ist nämlich Voraussetzung dafür, dass wir international in die Debatte treten können. Ob xy klimaschädlich ist oder nicht ist nämlich keine Frage, die wir nur unter uns Deutschen klären können ...

Malte Spitz: Es gibt noch einen Punkt, der auch zur Frage der Reputation gehört: Das Informationsdefizit. Es ist egal, wenn wir wissen, dass eine Firma xy in Bangladesh Kinderarbeit nutzt, wenn es der Rest der Welt nicht weiß, weil es einfach keine Informationen gibt – weil Informationen zurückgehalten werden oder keine Infrastruktur vorhanden ist.

Aber nochmal zu einem anderen Punkt: Regionale Lösungen (Stichwort Gilde) vs. Weltbürgertum. Wir müssen gerade angesichts der Probleme der natürlichen Commons fragen, wie weit kann man das unter dem **Schutzmandel der UN lösen, z.B. über Wiederaufleben des Treuhandfonds?** Kann man nicht bestimmte Abkommen aus dieser Perspektive zusammenfassen und statt einfach Verträge zu unterschreiben, sie auch mit entsprechende Sanktions-/ Kontrollmechanismen ausstatten? Dann die Frage. Was macht man mit den Commons im Bereich Wissenschaft/Wissen? Da ist die ganze nationale Diskussion überhaupt nicht zielführend, weil es nur noch zu einem großen Flickenteppich führt und wenn man global herangeht, kommt nur ein großes Grauen heraus. Weil die **Weltgemeinschaft als Institution, als zivilgesellschaftliche Gruppe eben in diesem Bereich nicht vorhanden ist**. Das ist anders bei den natürlichen Commons, wie man auch bei COP 9 wieder sehen konnte. Weil dort die Zivilgesellschaft deutlich besser aufgestellt ist, als es beim Thema Wissen ist, zumindest sind sie global verdrahtet. Da gibt es also noch immer ein zweigliedriges System – auch wenn ich das gern zusammenführen würde.

Benedikt Härlin: Eine Anmerkung über die Substrate, über die wir reden. Die knappe Ressource ist nicht das Wissen, sondern die Aufmerksamkeit und die Kommunikationsfähigkeit. Das spielt auch für die

Reputationsfrage eine Rolle. Wem gelingt es, die begrenzte Aufmerksamkeit an sich zu ziehen. Da ist *google* ein gutes Beispiel. Wir zahlen für die Info, die wir kostenlos kriegen den Preis unserer Aufmerksamkeit. Daher bin ich mir nicht so sicher ist, ob es richtig ist, vom Wissen als Substrat zu sprechen. Ob das nicht eine Verengung dessen ist, was Kommunikation bedeutet und ob es nicht unsere Fähigkeit ausblendet, festzustellen was Wichtig/Unwichtig ist und auszuwählen.

Eine Tendenz auf dem Markt ist die, für wichtig zu halten, was teuer ist. Also, die Nicht-Zugänglichkeit von Wissen, kann möglicherweise Aufmerksamkeit garantieren. Daher möchte ich **Zweifel anmelden an dem extrem simplen Modell, das das Wissen zum Substrat erklärt.**

Ich möchte das auch am Beispiel Klimaerwärmung tun. Auch die Reduktion der vielfältigen Gefährdung des Raumschiffs Erde auf CO2 Emissionen (auch wenn sie wichtig und dominant ist), bedeutet möglicherweise eine Gefahr. Welche Konsequenz der CO2 Ausstoß hat, hängt z.B. stark davon ab, wie stark bewaldet der Planet ist. Die Sache ist also komplexer als zu entscheiden, wieviel Emissionen leisten wir uns.

Und das birgt nun die spannende Frage. **Was erklären wir zu Commons?** Das ist bei einer Allmendeweise scheinbar einfach. Auch bei einer begrenzten Menge Wasser in einem Wassereinzugsgebiet geht das vielleicht noch. Wir dürfen aber nicht vereinfachen. Das Substrat ist nicht so einfach wie die Allmendewiese. Wir sollten darüber diskutieren, wie Commons in diesem Sinne sinnvoll definiert werden. Denn wir dürfen nicht über die Debatte – was ist privat, was ist öffentlich – aus dem Auge verlieren, was wichtig und entscheidend ist und wie komplex die Zusammenhänge sind, die wir bearbeiten.

Silke Helfrich: Ich erinnere mich gern an Ihren Vorschlag vom letzten Salongespräch, als wir uns bemüht haben, das Schützenswerte in den komplexen Sozialbeziehungen und Ressourcensystemen zu taggen und zu benennen. Am Ende stand der Vorschlag im Raum, dafür einen Sticker zu entwerfen, auf dem steht „Alles unser“. Das würde uns zwingen, das Schützenswerte präzise zu benennen.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, in folgenden Wortbeiträgen immer mitzubenenen, **was zu welchem Zweck verregelt werden soll, und was in der Konsequenz dazu führt, dass das Schützenswerte auch wirklich geschützt wird.** Ich gebe Ihnen völlig recht, wir müssen uns vor einfachen Lösungen hüten. Offener Zugang ist z.B. nicht gut an sich. Die Frage ist auch, was wird dann mit dem Wissen gemacht zu dem wir Zugang haben, wofür wird es genutzt? Cui bono?

Bernd Lutterbeck: Mir fällt ein Beispiel ein: Benefit Sharing /Regularien der CBD. Der eine Baum in Brasilien kann sowohl Commons wie Eigentum sein. Je nachdem ob er der indigenen Bevölkerung zur Verfügung steht oder von amerikanischen Pharmakonzernen für patentfähige Güter ausgenutzt wird. Das hat Rainer Kuhlen schon gesagt in seinem Springerbeispiel. Vieles spricht dafür, differenzierende Lösungen in Betracht zu ziehen, weil sie in meinem Beispiel theoretisch sowohl der brasilianischen Bevölkerung als auch dem Konzern helfen, ihre Interessen zu wahren. Es ist ja ein internationaler Streit, welches Interesse sich durchsetzen darf.

Ich glaube auch, dass es falsch ist Extreme zu bilden. Die meisten praktischen Lösungen liegen woanders. z.B. im Bereich von Benefit Sharing bei der Biodiversität.

Benedikt Härlin: Einspruch: Eine der kompliziertesten und bisher ungelöstesten Fragen überhaupt im Rahmen der CBD ist das Benefit Sharing!

Julio Lambing: Der Begriff Wissen ist ja einer der zentralen Begriffe dieses Salons. Ein Phänomen, das wir haben, wenn wir Commons schützen wollen ist, dass wir eine **spezielle Form von Wissen** brauchen. Um eine gängige Unterscheidung einzuführen. Es gibt eine Form von Wissen, die man als *knowing that* bezeichnet, als Aussagenwissen. Wissen, das sich in Sätzen formulieren lässt. Dann gibt es das *Know How*, im Deutschen würden wir sagen: Er weiß zu kochen. Er weiß, Fahrrad zu fahren.

Dies ist eine andere Form von Wissen, als Aussagen über etwas zu kennen. Jemand kann wunderbar kochen und hat evtl nie ein Kochbuch gelesen, kann nicht mal genau erklären, was er da macht.

Wissen Wie ist nicht gleich Wissen Was. Wissen Was ist aber unser gängiges Modell geworden, mit dem wir fast alles erklären. Sämtliches Wissen wird in Wissen Was ausgedrückt. Wir behaupten, sämtliches Wissen Wie ließe sich in Wissen Was ausdrücken und dann in Regeln und Gesetze übersetzen. Wir tun immer so, als

wäre Wissen Wie direkt aus Wissen Was abgeleitet.

Deswegen bin ich etwas kram mit dem Normbegriff, der ist m.E auf einer ähnlichen Ebene wie Gesetz, auch wenn ich natürlich die Unterscheidung sehe, dass Gesetz eine juristische Umsetzung beinhaltet usw. und der Begriff Norm in der klassischen intellektuellen Diskussion Europas für moralische Phänomene verwendet wird.

Beides ist eine Beschreibung auf Aussagen, auf Symbolketten. **Wissen Wie ist hingegen eine Art von Praxis**, keine Symbolkette. Warum ich darüber nun rede; weil **Reputation etwas mit Wissen Wie zu tun hat. Mit einer ganz konkreten, komplizierten Art und Weise miteinander umzugehen**, was sich nicht unbedingt in Sätzen ausdrücken lässt.

Generell neigen wir dazu, zu sagen: **Immer da, wenn es anonym wird, wenn z. B etwas Globales auftaucht, dann müssen wir das durch Normen; Sätze, Verträge usw. regeln. Das ist das Phänomen der Gesellschaft, das Areal der Anonymität.** Das globale Phänomen. **Und Haltungen, Einstellungen usw. sind ein Phänomen für das Lokale, für den Nahraum.**

Was wir nun in der Soziologie beobachten: Wir haben ein Phänomen der Moralisierung der Märkte und stellen fest, dass **diese Unterscheidung in immer mehr Bereichen gar nicht mehr konkret der Fall ist.** Käufer entscheiden sich für Reputationsgeschichten in hoch unübersichtlichen, anonymen Märkten und gleichzeitig haben wir ein Phänomen, dass wir neue soziale Nahräume herstellen.

Beides führt dazu, dass diese geläufige soziologische Unterscheidung (einerseits der Bereich des Privaten, die Frage des Guten Lebens, der Ethik – andererseits der Bereich der Moral, des Öffentlichen, geregelt über Gesetze.) nicht mehr passt.

Wenn wir über so ein Phänomen wie Open Source oder Commons nachdenken, dann kommen wir weiter wenn wir feststellen, **ein zentraler Bereich der Commons, die gepflegt werden wollen und die aber zugleich Commons schützen, ist dieses Phänomen soziale Wissen, soziale Fertigkeiten, das was ich Tugenden nenne, oder auch soziale Verhaltensweisen.**

Dieses Phänomen, dass man untereinander irgend etwas erfindet und den Umgang damit regelt, und keiner greift dabei auf Anwälte zurück. Das sind **Lebensstile** – niemand könnte sagen: „Ich halte mich an diese und jene Norm.“

Wolfgang Sachs. Nochmal zurückschalten auf das Stichwort: Mischformen; Privat und Gemeinschaft. Und das Stichwort Weltgesellschaft.

Dass ich zuerst das Thema Klima-Treuhand genommen habe, war etwas feige, weil die Sache dort nämlich relativ einfach zu diskutieren ist. Deswegen, weil die Idee von der **egalitären Verteilung von Naturressourcen eigentlich nur beim Klima möglich ist, sonst nirgends.** Und da beeinflusst die Klimadebatte die Debatte um Ressourcengerechtigkeit in gewisser Weise schiefe.

Bei sämtlichen anderen Ressourcen – Fische, Boden, Wasser, Wald – da sitzt immer jemand drauf. Das sind ja keine globalen Ressourcen, die niemandem gehören. Sogar die Fische gehören jemandem, deshalb ist es kein Wunder, dass im Fischbereich die Commonsgeschichte am weitesten entwickelt ist. All diese Dinge gehören jemandem und zwar weil Ökosysteme meist lokal gebunden sind. Und weil meistens auch die Gefüge des Umgangs damit mit lokalen Kulturen zu tun haben.

Global Commons ist deswegen eher ein Scheinbegriff. Die gibt es gar nicht so stark. Es gibt sie höchstens als Zusammenhang von vielen *local* oder *continental commons*.

Auch die Unterscheidung zwischen Privateigentum und Gemein(schafts-)eigentum ist -ökologisch gedacht- schwer zu halten. M.E ein sehr interessantes Argument: **Dann wenn die Tragfähigkeit der verschiedenen Ökosysteme schwächer wird, wird es wichtiger, das jedes Privateigentum in einer weiteren Schicht immer auch Gemeinschaftseigentum ist.“**

Deswegen, weil jeder Naturbestand systemisch gedacht werden muss. Als Teil eines systemischen Ganzen. Und je stärker die Tragfähigkeit bedroht ist, desto schwieriger wird es aufrecht zu erhalten, dass über ein bestimmtes Segment, nur ein Einzelner verfügen kann (nicht nur nutzen, sondern auch verfügen kann). D.h., die **ökologische Krise untergräbt ganz massiv den Eigentumsbegriff. Das heißt die Mischformen werden interessant. Es ist heute immer weniger möglich, von einem vollen Privateigentum zu sprechen.** Ich habe nicht den Eindruck, dass Juristen das schon gemerkt haben. Aber **Art. 14.2 GG zurück – Eigentum verpflichtet und es muss dem Wohle der Allgemeinheit dienen** - bekommt da eine rasante neue

Bedeutung.

Ulrich Duchrow: Hinweis auf Hans Christoph Binswanger, 70er Jahre – Memorandum zur Revision der Schweizer Verfassung. „Eigentum und Eigentumspolitik, Ein Beitrag zur Totalrevision der Schweizer Bundesverfassung. Zürich 1998) Dort wurden 8 Rechtsformen entwickelt, u. Mischformen z.B. in der Unterscheidung von Nutzung und Verfügung, Rückbezug auf gemeinsame Interessen usw. Da finden Sie eine genaue Umsetzung bis hinein ins Rechtliche.

Sven Giegold: Zwei Anmerkungen: Ich finde das, was Wolfgang sagte sehr überzeugend. Und je knapper und weniger ersetzbar natürliche Ressourcen sind, umso schlimmer wird das. Solange jeder grundlegende Bedürfnisse über Landwirtschaft decken konnte, macht das mit der persönlichen Verfügung über natürliche Ressourcen Sinn. Wenn es aber nicht mehr möglich ist, bestimmte Dinge schwer ersetzbar oder knapp werden, **umso mehr wird sich die Frage des Teilens und nicht die Frage der Kontrolle über Eigentum stellen.** Ich glaube, dass in dieser Frage ganz viel Musik steckt.

Anderer Punkt: Natürlich muss ein verbindliches Regulierungssystem im Klimabereich in weltbürgerlicher Absicht gestaltet sein. Da geht es genau um diese Normen für den Bürger. Das heißt aber nicht, dass wir nicht doch den Konsumenten überfordern würden, bei jeder seiner Handlungen als Weltbürger handeln zu können. Da wäre ich in starkem Widerspruch zu Ihnen, Herr Lambing - Stichwort Moralisierung der Märkte und dass neue Nahräume entstehen. Beides empfinde ich auch so, dennoch kann ein so komplexes Problem wie die Erhaltung des Weltklimas, zu dem so viele Akteure gute und schlechte Beiträge leisten, darüber nicht gelöst werden.

Natürlich kann es einzelne Akteure geben, die sind so böse, die lassen sich dämonisieren. Aber es gibt unheimlich viele, die leisten ihren kleinen Beitrag und lassen sich - auch deswegen - nicht dämonisieren. Es gibt sogar Tagungen, in denen es darum geht, Leute darin zu beraten, wie sie weiter Widerliches tun können, ohne dass man sie dafür belangen kann. Sie antizipieren diese Probleme. Deshalb braucht es den **Staat, aber natürlich muss der ins Werk gesetzt werden, von Bürgerinnen und Bürgern, die in weltbürgerlicher Absicht (W.Sachs) handeln.**

Silke Helfrich: Anmerkung zum Sprachgebrauch: **Es ist ein Problem, von der „Knappheit der nat. Ressourcen“ zu sprechen. Weil wir dann die Idee von der Tragik der Allmende, als sei es eine Tragik der natürlichen Ressourcen reproduzieren. Die Tragik der Allmende ist aber immer eine Tragik der menschlichen Gesellschaft.**

Knappheit ist immer etwas menschengemachtes, etwas, das wir hergestellt haben. **Ressourcen sind endlich,** Endlichkeit ist etwas Anderes als Knappheit. Es ist wichtig, diese Unterscheidung zu treffen, sonst tappen wir in die „Tragik der Allmendefalle“.

Ich fand die These von Wolfgang Sachs auch sehr treffend. Ich würde aber noch einen Schritt weiter gehen und sagen: **Nicht nur in dem Maße, wie sich uns die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen erschließt, erhöht sich die Notwendigkeit des shifts von Privat- zum Gemeineigentum – zur Einlösung unserer gemeinsamen Anspruchsrechte auf die Commons - sondern auch in dem Maße wie Allmende entziffert, entschlüsselt und downgesized werden.**

Praktisches Beispiel: heute gibt es chemische Elemente, die patentiert werden, und morgen werden es die Elemente auf Nanoskala sein. Das was angeeignet werden kann, wird immer kleiner - in dem Maße wie es Erkenntnisfortschritt gibt. Auch das ist eine Art der Entdeckung der Endlichkeit von Dingen, auf die wir alle einen Anspruch haben. Für mich ist Commons immer das, worauf wir aus unterschiedlichen Gründen alle einen Anspruch haben.

Bernd Lutterbeck: Das ist völlig richtig. Die Tragik der Allmende ist eine Tragik der Gesellschaft.

Hardin hat doch klar gesagt. 'Wenn die Tragik so zutrifft, wie ich beschrieben habe, dann landen wir in einer Zukunft der Ökodiktatur, der Geburtenkontrolle usw.' Das hat Hardin in die Welt gestellt.

Jetzt die Frage: Wenn das unausweichlich ist, landen wir in Systemen, die uns die Freiheit rauben.

Ist das unausweichlich? Und das hat Frau Ostrom auf die Spur gebracht, denn wenn das der Fall wäre, wäre es ja schlimm. Sie als Politologin sagt nun: Es ist anders. Und dann kommt die Geschichte mit der Allmende.

Wenn's der Staat wäre (Hardin hat das geglaubt), dann wären wir in der Diktatur gelandet. Das ist nach meiner Meinung ganz klar, was Hardin gesagt hat.

Sven Giegold: Da ist doch ein Bruch in der Argumentation, nämlich das Staat notwendigerweise diktatorisch ist, sondern Staat kann auch von selbständigen BürgerInnen in weltbürgerlicher Absicht...

Einwurf: ... kann er nicht..

Sven Giegold: Natürlich können Bürgerinnen und Bürger sich demokratisch Regeln geben, die alle Mitglieder der Gesellschaft zu bestimmten Dingen verpflichten. Das ist nicht diktatorisch sondern republikanisch.

Bernd Lutterbeck: Der Staat muss seine Interessen durchsetzen, wenn er die Fischerei regeln will, muss er sozusagen Kanonenboote hinschicken und seine Regeln durchsetzen. Das genau ist Hardin.

Jörg Haas: Eine spannende Frage ist doch: **Können wir uns die staatliche Gewalt - Gewaltmonopol als bewährte Regelung - als transitorisches Regime vorstellen, dass in seiner Perspektive darauf hin arbeitet, dass etwas zum Habitus wird?** Im Allgemeinen ist es inzwischen so, dass man in Deutschland nicht mehr ständig seinen Müll auf die Straße schmeißt. Das macht man einfach nicht, da gibt es zwar Müllsatzungen usw, aber es ist im Wesentlichen internalisiert. Das ist nicht überall in der Welt so. Letztlich ist es ja so, dass ein **Großteil des immensen technischen Regelungsbestandes ja nur deswegen funktioniert, weil es die Menschen internalisiert haben.** Wenn hinter jedem Ding ein Polizist stehen müsste, würde der Staat nicht funktionieren. Brauchen wir also die Gesetze nur übergangsweise bis zum freiwilligen Befolgen der Norm?

Benedikt Härlin: Unmut über die beginnende Staatsdebatte und zwar aus folgendem Grund.

Für mich speist sich die Commonsdebatte vor allem auch daraus, dass wir erkennen, dass der Staat sich als unfähig erwiesen hat, die Probleme zu lösen und dass der Weltstaat im Moment als menschliche Staatsform nicht denkbar ist, was nicht bedeutet, dass man nicht auch internationale Vereinbarungen treffen kann.

Das Spannende an den Commons ist nun die Frage: Wie finde ich in einer Welt, in der als einzige Institution nur noch der Markt auf globaler Ebene funktioniert eine **Veränderung des Eigentumsbegriffs, die genau auf die Gemeinde rekurriert.** Und wenn ich mir anschau, was beim Klimaregime passiert, dann erlebe ich ja auch weltbürgerliches Denken, Diskutieren und Handeln vor Ort (selbst in einigen US-Bundesstaaten setzen sich einzelne Akteure über die Bush-Doktrin und die staatlich verordnete Ignoranz hinweg). Sie suchen neue Formen von Glokalisierung auf Grund eines sich verändernden Eigentumsbegriffs, der eine neuen Balance von Nutzen/ Verfügung usw anstrebt.

Die klassische Institution einer Verständigung darüber ist aus meiner Sicht das Internet. Eine explizit nicht-staatliche Veranstaltung. Und das Problem mit dem Staat ist aus meiner Sicht dessen Konkurrenzdenken (letztlich ist das 19. Jhd). und auch seine Servilisierung gegenüber den jeweiligen nationalen Industrieinteressen, die ihn ja unfähig macht weltbürgerlich zu handeln. Unfähiger als seine Bürger es sind.

Fritjof Finkbeiner: Ich wollte den Gedanken des Weltbürgertums noch einmal aufgreifen. Wenn wir globale Probleme haben, die wir nur mit dem Ansatz/Denken des Weltbürgertums lösen können, dann ist eigentlich der Zugang über das „noch nicht Verteilte“ sinnvoll, um diese Probleme bewusst zu machen. Es ist dann leichter, die Atmosphäre zu diskutieren oder den Nordpol, der gerade aufgeteilt wird, und dadurch die Idee und den Begriff der global commons zu transportieren, als wenn wir in andere Bereiche von knappen Gütern gehen, die in unserem Bewußtsein schon wieder mit Eigentumsrechten belastet sind.

Wolfgang Sachs: Also mein Baustein: Grenze, Verteilung und Kooperation hängt zusammen. Was man ja bei den Klimaverhandlungen so schön studieren kann -aber auch an alten, antiken Commonsformen ist, dass es zumindest **Legitimität, also anerkannte Fairness gibt.** Bei den Klimaverhandlungen kann man schön studieren, dass Fairness zum Sachzwang wird. Denn um das **Ziel zu erreichen** (einen ökologischen Effekt

erzielen/ stabilere ppm Konzentration auf niedrigem Niveau) **müssen alle beteiligt sein**. Aber alle beteiligen sich nur (Kooperation), wenn es **fair – also unter gerechten Verteilungsprinzipien - zugeht**. Das ist ja auch der uralte Satz, das Prinzip: **Es braucht Gerechtigkeit, um Kooperation sicherzustellen**.

Oder umgekehrt: Es gibt keine Kooperation ohne ein Mindestmaß an Legitimität und ohne ein Mindestmaß an Fairness. Insofern hängen die Sachen zusammen.

Rainer Kuhlen: Zurück zum Thema Wissen speziell im Bereich Bildung und Wissenschaft, wir können das ausdehnen auf alle kulturellen Güter – auch solche, mit denen wir im Alltag umgehen.

Das ist ein grundlegend globales Problem. Deswegen ist der Rekurs auf Staat problematisch (es sei denn wir erweitern „Staat“ auf multinationale Agenden und Plattformen). Was in Regulierungsfragen im Umgang mit Wissen passiert ist nicht mehr vom nationalstaatlichen Handeln abhängig, sondern was wir in Deutschland machen wird immer im EU Kontext gesehen und dies wiederum auf Ebene von WIPO, TRIPs usw.

Das Handeln mit dem Gut Wissen ist ein globales Phänomen geworden. Und da nutzen uns all diese kleinen wichtigen Bausteine wie das Wissen Wie nicht. Das Problem ist in der Tat: **Wie garantieren wir die Verfügbarkeit von Wissen für unsere soziale, kulturelle, persönliche und politische Weiterentwicklung - als Bedingung für unser Menschsein** (denn ohne sie atmen wir Luft, trinken Wasser und essen Lebensmittel, aber das tun Tiere auch. Der Unterschied ist doch genau, dass wir uns über die Nutzung immaterieller Ressourcen weiter entwickeln.)

Im Grunde geht es ganz entscheidend darum: **Wie kriegen wir gesichert, dass das was kulturell ererbt und was von der Öffentlichkeit produziert wurde, wieder der Öffentlichkeit zurück gegeben wird?**

Denn da gibt es massive Einschränkungen. Das wird nicht von irgend einem Staat diktiert, sondern von überregionalen Entwicklungen/Regulierungen, die wiederum ganz klar von ökonomischen Konzernen bestimmt werden. Das kann man doch in jedem Detail nachweisen.

Und da ist ganz wichtig – wurde bereits gesagt: **Wie halten wir die Kommunikationsformen dergestalt offen, dass der Austausch quasi subversiv trotzdem funktioniert und sich dann durch die Subversivität zu einem normativen Verhalten des freien Austauschs entwickelt?**

Wenn wir das ändern, wenn Wissenschaftler selber verstehen, dass das was sie produzieren eigentlich kein Privateigentum ist - entweder indem man sie verpflichtet oder andere Anreize schafft, das Wissen wieder zurück zu geben - dann braucht man diese ganzen Kommerzialisierungsformen eigentlich nicht, denn die ökonomischen Mittel es öffentlich zu machen sind durch die Vorleistungen des Internet gegeben.

Da entsteht gerade ein Umdenken, deshalb bleibe ich bei den Normen, doch Normen sind Habitus – ganz klar. Das sind keine Regeln. Es geht um Verhaltensweisen – und das ist **das, was wir Wissenschaftler selber machen müssen. Zunächst einfach subversiv**. Ich stelle meine Sachen einfach ins Netz. Mich wird schon keiner verklagen. Tut auch keiner. **Und dieses subversive Verhalten durch normative Verdichtung so weit zu bringen, dass das dann auch wieder reguliert werden kann. Das ist die Aufgabe.**

Wir haben ganz intensiv eine globale Katastrophe – vergleichbar mit dem Klimaproblem – durch die private Aneignung und somit Verhinderung des Zugriffs auf dieses Wissen. Und das ist die Herausforderung. Wissen ist Bedingung für Menschsein.

Benedikt Härlin: Also, ich würde die These aufstellen: All das Wissen, das nicht in irgend einer Form öffentlich verfügbar ist, weil es irgendwie mit privaten Rechten besetzt ist, können wir getrost ignorieren. Wir brauchen das absolut nicht um Mensch zu sein. 99% des verfügbaren Wissens sind im Prinzip öffentlich zugänglich. Die Frage ist vielmehr, wieviel Bildung bedarf es, um das Wissen zu nutzen? Wie verfügbar ist es real?

Es ist eine groteske Überschätzung der Nützlichkeit der Inhalte der 1.5 Mio Artikel der peer reviewed journals pro Jahr. Die Nützlichkeit wird nirgends gemessen, es wird nur gemessen, wie oft sie sich gegenseitig zitieren und dann enden sie bei Preisen von 30 USD/Seite.

Ich glaube, dass wir mit einer des **Kaisers Neue Kleider Kampagne** gegen diese arroganten Säcke, die meinen, **ihr Wissen sei Privateigentum und müsse als solches geschützt werden und die nicht begreifen, worauf sie ihr eigenes Wissen, ihr kleines Piece, das sie gerade veröffentlicht haben, eigentlich aufbauen. Das ist ja sehr analog, dass bestimmte Firmen meinen, sie könnten Gene oder sonstwas patentieren** – eine Hybris...

Könnte es nicht analog eine des Kaisers Neue Kleider Kampagne geben in Bezug auf das Kyoto Protokoll?

Ich frage mich, wieviel denn effektiv durch diese staatlichen Vereinbarungen verhindert wird? Wer prüft eigentlich, wieviel da ausgestoßen wird? Wieviel wird beschissen? Wenn ich mir den Green Development Mechanism anschau, das ist es doch grotesk, wofür Leute Geld bekommen. Ich denke, da gibt es viel Humbug, Ratlosigkeit, die von den Medien auch aufgegriffen werden. Die Effektivität darf jedenfalls mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Sven Giegold: Ich möchte noch ein Missverständnis zum Staatsbegriff aufgreifen... Wenn ich über Staat geredet habe, habe ich damit nicht die Volksvergemeinschaftungsform von Staat gemeint, die den Nationalstaat begründet hat.

Klar ist, für viele der Probleme brauchen wir internationale Vereinbarungen, die derzeit auf der Basis von Nationalstaaten getätigt werden müssen. Ob wir darüber hinaus gehen können – jenseits von Kontinenten - das ist historisch offen. Derzeit reden wir über Nationalstaaten. Und klar ist auch, in den meisten globalen Vereinbarungen haben sich die Staaten bislang tatsächlich entpuppt, als etwas was eher einer materialistisch-marxistischen Staatsauffassung entspricht; einfach als Interessenvertreter von in Konkurrenz zueinander stehenden Kapitalen. Aber es gibt natürlich auch Gegenbeispiele. Z.B. das Montrealprotokoll, mit der die ozonzerstörenden chemischen Substanzen geregelt wurden. Da kann man kaum von einer Ökodiktatur reden nur weil es eine Regelung war, die alle Unterzeichnerstaaten darauf verpflichtet hat, so etwas nicht zu emittieren. Bei den Klimaverhandlungen reden wir über etwas ganz Ähnliches. Nur der Unterschied ist: Es ist ökonomisch ungleich bedeutsamer das Klimaproblem zu lösen als auf diese relativ wenigen, ökonomisch nicht so relevanten ozonzerstörenden Substanzen zu verzichten. Insofern ist das Klimaproblem viel tiefgreifender. Benedikt, Du hast an einer Stelle das Argument deutlich überstrapaziert. **Natürlich sind an vielen Stellen Bürger und Unternehmen weiter als ihre Staaten, und handeln einfach selbst gegen ihre Staaten, daraus darf man aber nicht schlussfolgern, dass ein globales, komplexes Problem zu dem verschiedene Menschen mit verschiedenen Konzeptionen des Guten beitragen, allein dadurch regelbar wäre.** Das muss man einfach intellektuell unterscheiden.

Und ich bin extrem skeptisch, wieviel durch die BürgerInnen regelbar ist. Die können zwar Trendsetter sein, worüber sich dann die bürgerschaftlichen Normen bilden – auf denen dann die Staaten letztlich bereit sein werden, globale Regeln verbindlich für alle zum Ausschluss von Trittbrettfahrern zu vereinbaren. Aber zu sagen: „Es reicht, wenn BürgerInnen und Unternehmen tun.“ - Das wird beim Klimaproblem nicht genügen.

Petra Buhr: Ich habe eben heraus gehört, dass Wissen nicht wirklich wichtig ist und wir letztlich die Wissensprivatisierer machen lassen können, weil es ohnehin soviel Wissen und nutzloses Wissen gibt. Ich glaube, dass wir in der Tat viel nutzloses Wissen haben und vielleicht auch deshalb die ganze Auseinandersetzung um IPR ein relatives Schattendasein führte. Aber seit 30-40 Jahren ist das anders. Und zwar auch deswegen, **weil Konzerne es verstehen, sich die Rosinen aus diesem Wissen rauszupicken und das Wissen so zu privatisieren, dass es nicht mehr nutzbar ist für andere Leute und die Entwicklungsländer dazu zu zwingen, diese Regeln anzuwenden.** Wir haben vielleicht noch Alternativen, aber in vielen Fällen gerade in EL klappt das nicht, da wirkt so eine Haltung eher zynisch.

Ich glaube zudem, dass diese **Instrumente (IPR) auch in Zukunft dazu eingesetzt werden, gerade diese tools zur Beherrschung dieser Massen vorhandenen Wissens zu privatisieren,** sich bezahlen zu lassen und dadurch den Zugang noch mehr einzuschränken. Die Unübersichtlichkeit ist ja in der Tat ein Problem. Deshalb ist die nächste Stufe auch: Wie kommen wir in diesem Wissenschaos überhaupt zurecht? Welche tools brauchen wir dafür? Auch darauf werden dann IPR gelegt.

Deswegen glaube ich, selbst wenn viel nutzloses Wissen privatisiert wird müssen wir diesen Prozess im Blick haben und uns dafür einsetzen, die Commons in diesem Bereich zu erhalten. Man kann in vielen Bereichen nicht einfach sagen: Macht mal – es ist uns egal, euer Wissen nutzen wir einfach nicht.

Feedbackrunde:

- mehr Konkretheit erwartet, z.B. treuhänderische Praxis – mehr aus den eigenen Erfahrungen berichten
Frage der Aneignung – Aneignung als Instrument, Allmende zu schützen (Stichwort GLS Praxis)
- das WIE des Regulierens ist komplexer als erwartet – zu wenige Anknüpfungspunkte zu aktuellen strukturellen Krisen
- Vorschlag, Erwartungen an Konkretheit anzupassen
- Vergnügen einen Raum zu haben, in dem über das Instrumentelle, Pragmatische, Konkretistische hinaus gedacht werden darf
- Einladung von Wolfgang Sachs war eigentlich eine Brücke zur Konkretheit,
- Spannungsverhältnis von Natur – und Wissensallmende noch immer als Problem wahrgenommen (Abstraktheit der Debatte hat mit diesen Unterschieden zu tun – unterschiedliche Weltbilder)
- theoretisches Interesse am Gespräch, auch wenn Untersetzung mit Beispielen wichtig ist, aber wir brauchen klare Bezogenheit und Ordnung für politisch-strategische Perspektive, das funktioniert nicht nur über Bausteine, dafür brauchen wir kategorielle Bestimmungen und die Klärung philosophischer Grundfragen
- insbesondere der Austausch mit Umweltleuten als fruchtbar empfunden „mir hat es was gebracht“
- Konkretheit geht nicht in 4 Stunden, man kann sich ein Beispiel raussuchen und dies zur Politischen Kampagne entwickeln aber das geht nicht im Salon
- im Bereich der Wissensallmende nochmal verschiedene Kollektivgüter unterscheiden? Kämen wir dann dichter an Unterschiede und Gemeinsamkeiten? Welche Kollektivgüter sind im Umweltbereich mit welchen Instrumenten/ Regularien lösbar – wie ist das im Wissensbereich? Ist da Typisierung möglich?
- Beide Bereiche zusammen lassen, da beides den gleichen Kern trifft – in beiden Bereichen geht es um die Möglichkeit, sich eine commonsbasierte Gesellschaft vorzustellen
- Konkretheit braucht mehr Hausaufgaben/ Hintergrund, Theorie und Praxis komplementär
- im Salon eher Gemeinschaftsgefühl – warum nicht Vertreter anderer politischer Positionen
- in internat. Klimaverhandlungen gibt es auch ein Problem mit IPR (im Bereich Technologietransfer, daher ist Ansatz von Open Source für Klimathema auch praktisch sehr fruchtbar)
- viel Gewinn aus theoretischer Debatte und der Diskussion jenseits von Markt und Staat
- Arbeit an Reputation ist offenbar eine Regulierungsform für Umgang mit Commons (Begriff Reputationskapital auch in anderen Diskursen wichtig)
- Frage die bezüglich Legitimität bleibt: Wer hat im Zusammenhang mit Commons welche Allokationsmacht, Sanktionsmacht, Prüfmacht? Diese Fragen verbinden alle Allmendebereiche – die Verbindung wird transparenter. Wissensallmende und Natur durchaus verknüpfbar
- Wissenschaft als Institution, um sich über Legitimität der Allmendenutzung zu verständigen, ist deutlicher geworden, auch Gemeinde als Institution – in der über Anerkennung von Fairness verhandelt wird – schärfer fassen
- Salon soll über Alltag und Krisenmanagement heraus tragen, Raum für Inspiration, Raum für Spurensuche, Zugewinn an Wissen über Bereiche, mit denen man sich im eigenen Alltag weniger befasst, Luxus der Nicht-Outputorientierung
- sehr gut die intensive Debatte über Eigentumsrechte,
- Zusammenwachsen des Salons, Einstieg in die Debatten gelingt leicht, Bezüge werden klarer – das Miteinander funktioniert gut
- Besorgnis, dass soziale Allmende zu kurz kommt, warum bisher keine Annäherung?
- Stichwort Eigentum: theoretisch weiter reflektieren, zurückgehen auf Locke, Locksche Bedingungen aufgreifen; fruchtbar, weil es uns aus der Debatte Sozialismus – Kapitalismus heraus bringt, es geht eben nicht nur um die Frage: Wer soll etwas haben? Wer soll die Kontrolle haben? Es geht darum, sich dem Eigentumsbegriff noch einmal theoretisch zu nähern. Was ist eigentlich Eigentum?
- Eigentum sollte sogar ins Zentrum der Debatte gestellt werden – Eigentum nicht nur aus Perspektive der Beherrschung sondern auch aus der Perspektive der Bereicherung – auch für die Commons denken
- Differenzierungsniveau des Salons durch die unterschiedlichen Zugänge sehr hoch
- Salon ist kein Wunschkonzert sondern das, was wir selbst daraus machen (auch in Sachen Konkretionsgrad)

- es gibt keinen Grund zur Sorge, dass klassische Ressourcendebatte verdrängt wird, wenn Wissensökologie in den Vordergrund rückt – Beides ist Bedingung für Menschsein.

Schlussplädoyer

Silke Helfrich, 3 Aspekte:

1. Kategorisierung der Allmende

Wenn wir versuchen, konkret von den natürlichen Ressourcen und von den Wissensallmenden zu reden und uns dann z.B. das Saatgut ansehen, dann kommen wir wahrscheinlich zu der Schlussfolgerung, zu der ein paar argentinische Commonsforscher gekommen sind.

Die nämlich sagen: **Es gibt kein Common, dass nicht in eine materielle Trägersubstanz eingeschrieben ist.** Auch das Wissen... da sind wir, ist unser Fleisch und Blut die Trägersubstanz. Wie immer wir eine Ressource beschreiben, wir werden zu diesem Ergebnis kommen.

Ich halte deshalb in der Tat die **Idee der Verschränktheit von natürlichen Ressourcen und Wissensallmenden für sehr zentral, so wie man nicht die erste Kategorie der Menschenrechte von der zweiten Kategorie trennen kann.**

Ich glaube sogar, dass das ein Grund dafür sein könnte, warum es uns schwerfällt, uns auf soziale Allmende zu beziehen, weil es uns schwerfällt uns vorzustellen, worin die soziale Allmende eingeschrieben ist, was sie trägt. Wenn wir uns eine natürliche Allmende vorstellen, dann hat man immer dieses Bild vom Anfassbaren im Kopf und wenn wir uns die Wissensallmende vorstellen, dann hat man immer das Bild vom Kopierbaren im Kopf. Aber so einfach ist es eben nicht. Es ist vielmehr so, dass hier in diesem virtuellen Kaminfeuer (ein an die Wand projiziertes Bild) trotzdem Holz verbrannt wird (über den Stromverbrauch), Und es ist so, dass der genetische Code (immateriell) nur überlebt, wenn auch die konkreten Pflanzen (materiell) überleben. Und auch das kulturelle Wissen um das Saatgut lebt nur, wenn die community lebt.

Wenn wir also versuchen, in dieser Weise zu kategorisieren, landen wir bei sehr spitzfindigen Kategorien, die am Ende auch wieder nicht funktionieren.

Charakter des Salons: Wir haben heute zum ersten Mal nicht betont, dass dies hier ein experimenteller Raum um auszutesten, ob der Commonsdiskurs zusammenführt und zwar von Leuten, die „auf unserer Seite“ stehen (nicht mit solchen, die auf der anderen Seite stehen) aber unterschiedliche Kämpfe bestreiten und unterschiedliche Praxen haben.

Der Salon ist begrenzt auf diese Suche und wenn er gut besucht ist, scheint es daran einen Bedarf zu geben. Es ist die Suche danach, ob es vielleicht ein Paradigma gibt, das uns politisch-strategisch weiter trägt, im von Herrn Duchrow beschriebenen Sinne. Daher auch die enge Begrenzung auf sechs Salons. Wir werden gut überlegen, wie wir sie noch nutzen können.

Was wir nicht tun ist, alle Praxen vor- und nebeneinanderstellen. Obwohl ich auch klar gesagt habe, „There is no commons without commoning“, und **natürlich sind die Praxen das, was den Charme und die Qualität der Commons ausmacht.**

Aber dies hier ist ein anderer, ein experimenteller Raum, ein Austesten einer Debatte inmitten des Krisenchaos, der Orientierung stiften soll. Ohne dass die hbs ein Versprechen abgegeben hat, sie wüsste, wo es konkret lang geht. Insofern ist es IHR Raum.

Feedback: Bitte um schriftliches Feedback, Reflektionen über das, was jeder mitnimmt zum Teilen mit jenen, die nicht dabei sein konnten.

Vorschläge für nächsten Salon:

- Brainstorming, Ideen (evt. Kleingruppen) – Was kann man konkret tun?
- Workshopformate (die Allmendekategorien scheidet)
- bisher eher theoretische Inputs, vielleicht beim nächsten Mal eine Institution vorstellen und dann analysieren
- nicht das Format des Salons ändern – mehr Konkretes (z.B. zu Habitus, zu Institutionen) schriftlich formulieren und über die Liste schicken

Silke Helfrich, 10.12.08.

